

Inhaltsübersicht

Einleitung	19
I. Störerhaftung und Gesetzesrecht	19
II. Gang der Untersuchung	25
A. Die Störerhaftung im Privatrechtssystem	29
I. Freiheitsschutz durch Privatrecht	29
II. Absolute Rechte und Anspruchssystem	34
B. Die Störerhaftung in der Rechtsprechung	59
I. Fallgruppen ohne Internetbezug	60
II. Fallgruppen mit Internetbezug	69
III. Zusammenfassung und Analyse	95
C. Die ungeklärte Rechtsgrundlage der Störerhaftung	115
I. Vorgaben des Unionsrechts	116
II. Gesetzliches Umfeld im nationalen Recht	122
III. Deutung als deliktische Täterhaftung	124
IV. Bedenken gegenüber der herrschenden Lehre	131
V. Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf § 1004 BGB	145
D. Der Störer des Eigentumsrechts bei § 1004 BGB	149
I. Unterschiedliche Konzeptionen des § 1004 BGB	149
II. Bestimmung des Störers durch die Rechtsprechung	150
III. Bestimmung des Anspruchsgegners nach der neuen Lehre	160
IV. Bewertung	173
V. Ergebnis und Konsequenzen für die Untersuchung	192
E. Vorbeugender Rechtsschutz durch Unterlassungsansprüche	193
I. Die Suche nach einem allgemeinen Präventivschutz	193
II. Mängel der gesetzlichen Formulierung	195

Inhaltsübersicht

III. Unterlassungsanspruch als Instrument vorbeugenden Rechtsschutzes	197
F. Zustandshaftung analog § 1004 I BGB	217
I. Unvollendeter Schutz von Immaterialgüter- und Persönlichkeitsrechten	217
II. Störerhaftung als Zustandsverantwortlichkeit	226
III. Grenzen der Analogiebildung und Ausblick	280
G. Zusammenfassung in Thesen	297
Literaturverzeichnis	313

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
I. Störerhaftung und Gesetzesrecht	19
II. Gang der Untersuchung	25
A. Die Störerhaftung im Privatrechtssystem	29
I. Freiheitsschutz durch Privatrecht	29
1. Freiheit des Rechtsträgers	30
2. Freiheit des Haftenden	32
II. Absolute Rechte und Anspruchssystem	34
1. Absolute Rechte	35
2. Anspruchssystem zum Schutz absoluter Rechte	38
a) Rechtsverwirklichung durch Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche	39
b) Vermögensverschiebung durch Ansprüche auf Schadensersatz	44
aa) Zweck und Funktion von Ersatzansprüchen	44
bb) Rechtssystematische Stellung des § 823 I BGB	48
cc) „Wandlungen“ des § 823 I BGB	49
c) Vorläufige Einordnung der Störerhaftung	53
d) Zusammenfassung	57
B. Die Störerhaftung in der Rechtsprechung	59
I. Fallgruppen ohne Internetbezug	60
1. Haftung der Anbieter mechanischer Vervielfältigungsmittel	60
2. Haftung von Presseverlagen für fremde rechtsverletzende Inhalte	62
3. Haftung des Spediteurs für beförderte Pirateriewaren	65
4. Haftung von Unternehmensleitern für Betriebsverstöße	67

Inhaltsverzeichnis

II. Fallgruppen mit Internetbezug	69
1. Haftung des Domainverwalters für rechtsverletzende Domains	70
2. Haftung des Ansprechpartners (Admin-C) beim Domainverwalter	71
3. Haftung des Host-Providers für rechtswidrige Informationen seiner Nutzer	73
a) Internet-Handelsplattformen	74
b) Domain-Parking-Programme	78
c) Video- und sonstige „Content“-Plattformen	79
d) File-Hosting-Dienste	80
e) Meinungsforen und Bewertungsportale	82
4. Haftung sonstiger Internet-Intermediäre	85
a) Suchmaschinen und ihre Ergänzungsvorschläge	85
b) Bereitsteller von Hyperlinks	87
c) Bereitsteller von „Frames“	88
5. Anbieter von peer-to-peer-Software	89
6. Haftung des WLAN-Betreibers	91
7. Haftung des Access-Providers	93
III. Zusammenfassung und Analyse	95
1. Postulierte Tatbestandselemente der Störerhaftung	95
a) Verletzung eines absoluten Rechts	96
b) Der Störer als Zurechnungsfigur neben Täterschaft und Teilnahme	97
c) Willentlicher und adäquat-kausaler Beitrag zur Rechtsverletzung	98
d) Rechtliche Möglichkeit zur Verhinderung der Verletzungshandlung	101
e) Haftungsbegrenzung durch das Erfordernis einer Verletzung von Prüfpflichten	102
2. Beseitigung und Unterlassung als Inhalt der Haftung	103
3. Prüfpflichten als Dreh- und Angelpunkt	106
a) Prüfpflichten als Voraussetzung und Inhalt der Haftung	106

b) Herangezogene Kriterien zur Ermittlung von Prüfpflichten	108
aa) Funktion und Aufgabenstellung des potentiellen Störers	109
bb) Eigenverantwortlichkeit des unmittelbaren Verletzers	110
cc) Prüfungsaufwand in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht	111
c) Zwei Typen der Störerhaftung	112
C. Die ungeklärte Rechtsgrundlage der Störerhaftung	115
I. Vorgaben des Unionsrechts	116
II. Gesetzliches Umfeld im nationalen Recht	122
1. Sondernormen des Immaterialgüterrechts	122
2. Vorschriften des Bürgerlichen Rechts	123
III. Deutung als deliktische Täterhaftung	124
1. Parallelität von Prüfpflichten und Verkehrspflichten	124
2. Das Haftungskonzept der herrschenden Literaturansicht	126
a) Die gegenwärtige Dogmatik zu § 823 I BGB als Leitbild	127
b) Die Störerhaftung als „mittelbare Rechtsverletzung“	129
IV. Bedenken gegenüber der herrschenden Lehre	131
1. Keine Lösung des Problems der Rechtsunsicherheit	131
2. Bruch mit dem gesetzlichen Haftungssystem	133
a) Unzutreffende Anknüpfung an das Schadensersatzrecht	133
b) Zweifelhafte Prämisse einer allgemeinen Kausalhaftung	134
aa) Sondergesetze des Immaterialgüterrechts	135
bb) Tatbestand des § 1004 I BGB	140
cc) Tatbestand des § 823 I BGB	140
c) Die Pflichtverletzung als unzureichendes Korrektiv	142
d) Bruch mit § 830 BGB	144
V. Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf § 1004 BGB	145

Inhaltsverzeichnis

D. Der Störer des Eigentumsrechts bei § 1004 BGB	149
I. Unterschiedliche Konzeptionen des § 1004 BGB	149
II. Bestimmung des Störers durch die Rechtsprechung	150
1. Handlungs- und Zustandsstörer	153
2. Insbesondere der „mittelbare Handlungsstörer“	155
3. Exkurs: Tätigkeits- und Untätigkeitsstörer (Medicus)	157
4. Inhaltliche Zurechnungskriterien zur Bestimmung des Störers	159
III. Bestimmung des Anspruchsgegners nach der neuen Lehre	160
1. Der Störer als „logischer Gegner“ des Anspruchs	160
2. Die unmittelbare Verletzung als Rechtsusurpation	164
3. Die Haftung für Beeinträchtigungen durch Dritte	166
4. Vorläufiger Abgleich mit der Störerhaftung	168
IV. Bewertung	173
1. Defizite der überkommenen Störer-Theorien	173
a) Das deliktsrechtliche Verständnis des § 1004 BGB	173
b) Unschärfe des vermeintlichen Rechtsbegriffs des Störers	174
c) Unzulänglichkeit der sachlich herangezogenen Zurechnungskriterien	176
aa) Verursachung der Rechtsverletzung	176
bb) Anknüpfung an die Stellung als Eigentümer oder Besitzer	179
cc) Bedeutung des „aufrechterhaltenden Willens“	182
dd) Ergänzung des § 1004 I 1 BGB durch Verkehrspflichten	185
2. Vorzugswürdigkeit der Usurpationslehre	187
V. Ergebnis und Konsequenzen für die Untersuchung	192
E. Vorbeugender Rechtsschutz durch Unterlassungsansprüche	193
I. Die Suche nach einem allgemeinen Präventivschutz	193
II. Mängel der gesetzlichen Formulierung	195

III. Unterlassungsanspruch als Instrument vorbeugenden Rechtsschutzes	197
1. Unterlassung als Handlungsverbot	198
a) Durchsetzung gesetzlicher Verbotsnormen als Normalfall	199
b) Enges Verständnis der Rechtsfolge „Unterlassung“	200
2. Unterlassung als Erfolgsverbot	203
a) Gesetzliche Herleitung	204
b) Notwendigkeit eines aktiven Präventivschutzes	207
c) Erfolgsbezogenheit der Unterlassungspflicht und Wahlrecht des Störers	208
3. Erfolgsbezogene Unterlassungspflicht des Störers	212
a) Fehlende Erklärungskraft des engen Unterlassungsbegriffs	212
b) Die Präventionshaftung des § 1004 I 2 BGB als Modell für die Störerhaftung	214
F. Zustandshaftung analog § 1004 I BGB	217
I. Unvollendeter Schutz von Immaterialgüter- und Persönlichkeitsrechten	217
1. Das System von Rechtszuweisung und Rechtsschutz	218
2. Schutzlücke bei zustandsbedingten Beeinträchtigungen	222
a) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	222
b) Sondergesetze des Immaterialgüterrechts	222
aa) Beseitigungsanspruch	223
bb) Unterlassungsanspruch	225
II. Störerhaftung als Zustandsverantwortlichkeit	226
1. Beseitigungsanspruch	227
a) Beeinträchtigung (I): Bestimmung der zu verteidigenden Rechtsgrenze	227
aa) Sacheigentum	227
bb) Immaterialgüterrechte	229
cc) Berücksichtigung des Benutzungstatbestands	231
dd) Persönlichkeitsrecht	232

Inhaltsverzeichnis

b) Beeinträchtigung (II): Die rechtsverletzende Herrschaftssphäre des Störers	233
aa) Der Grund der Zustandshaftung bei § 1004 I BGB	234
bb) Entsprechende Situation bei der Störerhaftung	235
c) Vorrang von Immaterialgüter- und Persönlichkeitsrechten gegenüber dem Eigentum	239
d) Zwingende Notwendigkeit eines Beseitigungsanspruchs	241
e) Kenntnisunabhängigkeit des Beseitigungsanspruchs	242
f) Rückblick auf die Lehre von der Rechtsusurpation	244
2. Unterlassungsanspruch	247
a) Tatbestand der Besorgnis weiterer Beeinträchtigungen	247
aa) „Wiederholungsgefahr“	248
bb) „Erstbegehungsgefahr“	251
b) Einwand der Unmöglichkeit	252
c) Einwand der Unzumutbarkeit	254
d) Prüfpflichten als Inhalt des Unterlassungsanspruchs	256
aa) Die rechtsdogmatische Einordnung der sogenannten Prüfpflichten	256
bb) Zur Frage der Gleichartigkeit von Rechtsverletzungen	257
e) Zusammenfassung	260
3. Konformität der Zustandshaftung mit dem Unionsrecht	261
4. Anwendung auf einschlägige Internet-Konstellationen	263
a) Host-Provider („Web 2.0“)	263
aa) Kenntnisunabhängige Beseitigungspflicht	263
bb) Keine Abwälzung von Abmahnkosten	265
cc) Umgang mit dem Problem der Rechtserkenntnis	266
dd) Schutz vor Überraschungsklagen	269
ee) Erfolgsbezogene Unterlassungspflicht	270
b) Domainverwalter	271
c) Bereitsteller von „Frames“	275
d) Bereitsteller von Hyperlinks	277
e) Suchmaschinen und Ergänzungsvorschläge	278
5. Zusammenfassung	279

III. Grenzen der Analogiebildung und Ausblick	280
1. Fallgruppen der Störerhaftung ohne Grundlage in § 1004 BGB	280
a) Prüfpflichten zur Eindämmung abstrakter Gefahren	280
b) Die Haftung des Access-Providers als Extremfall	282
aa) Zu den Vorgaben des EuGH	282
bb) Zur Umsetzung als Störerhaftung	284
2. Allgemeine Prüfpflichten als Verkehrspflichten?	287
3. Verkehrspflichten als Erweiterung des subjektiven Rechts?	290
4. Schlussbemerkungen	293
G. Zusammenfassung in Thesen	297
Literaturverzeichnis	313